

Noch viel zu lernen - Amtsenthebung Frauenbeauftragte Hauffe

Öffentliche Petition an die Bremer Bürgerschaft
Gewalt gegen Frauen, egal wer sie wo verübt, ist mit allen Mitteln zu begegnen

Petitent: Klaus Fricke, Essener Straße 30, 28199 Bremen SIB-SWinfoBremen@gmx.de

Sehr geehrte Damen und Herren des Petitionsausschusses der Bremer Bürgerschaft

Nach Aussagen der Bremer Landesfrauenbeauftragten ist jede Generalverdächtigung unzulässig. Ebenso ist jede Demütigung von Frauen unzulässig. (Stellungnahme Hauffe, vom 07.01.2016, Senatspressestelle) Das finde ich zutreffend und möchte es hier geltend machen.

1. Grundsätze

Die unzutreffende Generalverdächtigung, dass eine Gruppe ausländischer Frauen, oder die überwiegende Zahl der Aktiven eines sozialen Feldes, Teil organisierter oder doch zumindest allgegenwärtiger Kriminalität sei, ist wenigstens eine Demütigung dieser Frauen und Menschen. Sie weist diesen den Platz im gesellschaftlich geächteten Feld des Kriminellen zu. Für die betroffenen Frauen ist diese Zuweisung, insbesondere wenn sie aus dem speziell für ihre Rechte zuständigen öffentlich Amt, der ZGF seitens der Landesfrauenbeauftragten erfolgt, sie öffentlich geschieht und die Haltung der Öffentlichkeit gegen sie beeinflusst, wenigstens eine Herabwürdigung und Beleidigung. Sie ist insbesondere da staatlich veranlasst, da auf Vorverurteilung beruhend, unzulässig und im Sinne der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, der Grund- und Menschenrechte abzulehnen und in einem Rechtsstaat zu unterbinden. Geschieht dies nicht verstärkt eine solche Generalverdächtigung, zumindest aber legitimiert sie sozial-relational und verbal-psychisch Gewalt (soziale Ächtung und Stigmatisierung).

2. Generalverdächtigungen gegen Aktive des Feldes der erotisch-sexueller Dienste

Ich beschuldige Frau Hauffe in wenigstens zwei Fällen, in fortgesetzter Weise und bis heute andauernd und dies wieder besseres Wissen im Sinne sozial-relationaler und verbal-psychischer Gewalt für ein medial-sozial-politisch-amtliches Klima mitverantwortlich zu sein, dass bis heute erhebliche Nachteile für die zumeist rumänischen Kolleginnen meiner Frau, für meine Frau und für mich als Aktive des Feldes erotisch-sexueller Dienste hat. Frau Hauffe trägt Verantwortung für die andauernde Stigmatisierung der Aktiven des Feldes der erotisch-sexuellen Dienste, insbesondere derer die aus Rumänien stammen. Die allgegenwärtige Ächtung und Stigmatisierung, die Aktive des Feldes, wesentlich durch Amtshandlungen von Frau Hauffe befördert, erfahren, hat Gewaltcharakter und legitimiert sexuelle Übergriffigkeit von Kundschaft durch Zuweisung eines sozial minderwertigen Platzes.

3. Persönliche Betroffenheiten

Die aus Stigmatisierung hervorgehenden Gewalterfahrungen betreffen insbesondere Frauen. Sie wirken sich gesundheitlich belastend, krankheitsverursachend, sozial benachteiligend, und in der individuellen Rechtsausübung diskriminierend aus. Meine Frau und ich waren davon insbesondere 2010 im Zusammenhang einer Nachbarschafts- und Medienkampagne gegen uns, die uns Zwangsprostitution und Zuhälterei unterstellte und dabei auf Kriminalisierungen zurückgriff, wie sie von Frau Hauffe 2005 in Gang gebracht worden waren (40.000 osteuropäische Zwangs-Prostituierte) massiv betroffen. Die Kolleginnen meiner Frau, meine Frau, deren Kundschaft und ich unterlagen trotz Polizeipräsenz im Rahmen von sogenannten Bürger*innenprotesten massiver Rechtsverletzungen in Form von Freiheitsberaubung, Nötigung, Verletzung des Rechtes auf das eigene Bild, falscher Anschuldigungen, Beleidigungen, übler Nachrede und Verleumdung.

4. Fortgesetzte Benachteiligung durch die Landesfrauenbeauftragte

Diese Benachteiligungen und Diskreditierungen wurden und werden von Frau Hauffe fortgesetzt oder zumindest nicht entkräftet. 2013, meine Frau ist muttersprachlich Rumänisch, wiederholte Frau Hauffe ihre pauschale Kriminalisierung insbesondere der rumänischen Aktiven des Feldes der erotisch-sexuellen Dienste im Rahmen einer Pressemitteilung als Landesfrauenbeauftragte und einer Pressekonferenz, auf die hin am 26.11.2013 ein Artikel im Weser-Kurier unter dem Titel Problem Zwangsprostitution erschien, in dem Frau Hauffe als Tatsache behauptete, dass der überwiegende Teil der aus Rumänien stammenden Aktiven des

Feldes der erotisch-sexuellen Dienste in Bremen ein Gewaltverhältniss der Schlepperei und Zuhälterei unterhalten würde.

5. Dialogangebot wurde nicht angenommen

Mehrfach versuchten wir, insbesondere meine Frau und ihre Kolleginnen daraufhin von Frau Hauffe eine Erklärung und Rücknahme ihrer amtlich geäußerten Herabwürdigungen zu erhalten. Letztmalig im März 2015 mit persönlichem Schreiben an Frau Hauffe. Frau Hauffe reagierte darauf nicht. Sie gab weder weitere Erklärung ab, noch nahm sie Anschuldigungen zurück. Uns erscheint es daher unvermeidlich eine Amtsenthebung, alternativ den Rücktritt von Frau Hauffe zu verlangen. Denn wie Frau Hauffe richtig, aber bezüglich des Feldes erotisch-sexueller Dienste mit doppelten Standards, sich nicht daran haltend, also fern des Gleichheitsgrundsatzes als Strukturprinzip Grund- und Menschenrecht handelnd, feststellt

»Gewalt gegen Frauen, egal wer sie wo verübt, ist mit allen Mitteln zu begegnen – das ist die überdeutliche Botschaft, die noch viele zu lernen haben.«

6. Ergebnis

Mit allen Mitteln (Kriterium der Landesfrauenbeauftragte Hauffe) heißt in diesem Fall

Amtsenthebung oder Rücktritt

Mit freundlichen Grüßen

Lara Freudmann
Klaus Fricke